

Koalitionskrise: Union und SPD vor entscheidendem Mittwoch

Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD dauern an. Einigung bis Mittwoch gefordert, angespannte Diskussionen bleiben.

Berlin, Deutschland - Die Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU, CSU und der SPD, die nun seit fast vier Wochen andauern, sind in eine entscheidende Phase eingetreten. Trotz intensiver Gespräche über einen gemeinsamen Koalitionsvertrag, der auf eine schwarz-rote Regierung abzielt, konnten nach rund 13 Stunden Verhandlungen keine abschließenden Einigungen erzielt werden. **bnn.de** berichtet, dass die Parteien nun hoffen, bis Mittwochmittag zu einer Einigung zu kommen. Die nächsten Gespräche sollen am Mittwoch um 9:30 Uhr in der CDU-Parteizentrale fortgesetzt werden.

CDU-Chef Friedrich Merz plant, das Präsidium über den aktuellen Stand der Verhandlungen zu informieren. Diverse Verhandlungsformate und Einzelberatungen innerhalb der Parteien sind Teil des Prozesses. Der Druck für einen raschen Abschluss ist durch die angespannten internationalen Lagen sowie die neue US-Zollpolitik gestiegen.

Interne Spannungen innerhalb der Union

Die Verhandlungen sind durch zunehmende Kritik innerhalb der Union gekennzeichnet. Insbesondere wird die Führung von Merz in Frage gestellt. Die Zweifel an der Stärke des künftigen Koalitionsvertrags wachsen. Lennart Geibert, der Chef der

Jungen Union in Thüringen, betont, dass zwei Drittel des Vertrags die Handschrift der CDU tragen müssten. Zudem fordert er eine Wende in der Migrationspolitik und einen Bürokratieabbau. Johannes Winkel, Bundesvorsitzender der Jungen Union, äußert ähnliche Bedenken und droht mit einem Nein zum Koalitionsvertrag, sollte diesen die CDU nicht mehr bestimmen.

In einer aktuellen Umfrage liegt die AfD fast gleichauf mit der Union, die auf den tiefsten Wert seit Oktober 2022 von 26 Prozent gefallen ist. Dies verstärkt die Herausforderungen für die Union, die einen schnelleren Abschluss des Koalitionsvertrags anstrebt. Thorsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, äußert, dass Vertrauen zwischen den Parteien schwierig sei und betont die Notwendigkeit eines zügigen Abschlusses.

Finanz- und Migrationspolitik: Zentrale Streitpunkte

Wesentliche Differenzen bestehen insbesondere in den Bereichen Finanz- und Migrationspolitik. Die Union lehnt jegliche Steuererhöhungen für Spitzenverdiener ab, während die SPD diese als notwendig erachtet. Auch in Bezug auf einen möglichen Schuldenerlass für hochverschuldete Kommunen sind die Meinungen diametral entgegengesetzt: Die Union ist dagegen, die SPD befürwortet es. Zudem drängt die SPD auf die Einführung einer Vermögenssteuer, während die Union eine solide Haushaltsführung betont und zusätzliche Mehrausgaben in Höhe von rund 350 Milliarden Euro bis 2028 plant, was beides auf Widerstand stößt. [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) berichtet von einem verhärteten Konflikt über diese zentralen Themen.

Innerhalb der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind die Fronten ebenfalls verhärtet. Während die Union eine zurückhaltende Haltung zur Erhöhung des Mindestlohns einnimmt und flexiblere Arbeitsmarktmodelle unterstützt, fordert die SPD eine Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde und eine umfassende

Reform des Sozialstaates. Diese Unterschiede verzögern den Verhandlungsfortschritt weiter und verdeutlichen die tiefreichenden Divergenzen zwischen den Parteien. **rnd.de** ergänzt, dass eine Einigung in Fragen der Migrationspolitik, wie etwa Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien, ebenfalls umstritten ist und das Verhandlungsklima weiter belastet.

Die nächsten Tage werden entscheidend sein, um festzustellen, ob die Parteien ihre Differenzen überwinden können und ob ein Kompromiss möglich ist, der beiden Seiten gerecht wird und eine stabile Regierung ermöglicht.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• bnn.de• www.tagesschau.de• www.rnd.de

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](#)